

WIRTSCHAFT & SOZIALES

INTERVIEW

„Es fehlt an einer klaren Analyse dieses Systems“

Markus Bernhardt im Gespräch mit Ortwin Bickhove-Swiderski, DGB-Kreisvorsitzender in Coesfeld

| Ausgabe vom 25. Oktober 2019



Protest gegen den Mietenwahnsinn in Berlin (Foto: Rudi Denner/r-mediabase.eu)

UZ: Das „Bündnis Reichtum umverteilen – Netzwerk NRW“ hat sich mit einem Aufruf für einen „Aufbruch in eine gerechte Gesellschaft für Alle“ an die Öffentlichkeit gewandt. Sie gehören zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs. Warum war dessen Veröffentlichung jetzt notwendig?

Ortwin Bickhove-Swiderski: Wir wollen mit diesem Aufruf gleichzeitig einen Weckruf starten. Es ist dringend erforderlich, dass sich nunmehr Kolleginnen und Kollegen, Künstler, die Kirchen, Sozialverbände und andere für eine gerechte Gesellschaft für alle einsetzen. Die Daten und Fakten sprechen für sich, die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Mit der Ausgrenzung von oben nach unten muss Schluss sein. Diese Kampagne soll sich bis zu den kommenden Bundestagswahlen ziehen und soll Kolleginnen und Kollegen, aber auch

noch unentschlossene befähigen, sich gemeinsam mit uns allen für soziale Gerechtigkeit einzusetzen und stark zu machen.

UZ: *Wie breit ist die bisherige Unterstützung für Ihre Initiative?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Die Unterstützung läuft an, wir werben jeden Tag dafür und jede Unterschrift hilft. Weiter werden wir noch mit verschiedenen Aktionen diese Unterschriftensammlung begleiten.

UZ: *Im Aufruf wird moniert, dass die bundesdeutsche Gesellschaft „von einer seit 20 Jahren verschärften neoliberalen Politik der Privatisierung, Deregulierung, Umverteilung zu den Reichen, Ökonomisierung aller Lebensbereiche und dem Abbau des Sozialstaates“ geprägt sei. Was genau meinen Sie damit? Wie wirkt sich diese neoliberale Politik auf den Alltag der Menschen aus?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Diese neoliberale Politik hat nur eines im Kopf oder im Sinn: Wie kann der Unternehmer noch mehr Profit abziehen, auf dem Rücken der Beschäftigten. Wir sehen es jeden Tag: Hier schließt ein Hallenbad, dort kann der Kindergarten nicht repariert werden.

Wir haben in meiner Heimatstadt Dülmen eine Tafel, die Lebensmittel an Bedürftige verteilt. An den Ausgabetafeln sind dort lange Schlangen von Betroffenen. In unserer Stadt haben über 800 Menschen einen Berechtigungsschein, um zur Tafel zu gehen. Der Rüstungsetat steigt weiter an und andere haben Hunger.

Auf dem Land fehlen Ärzte, das Gesundheitswesen ist kurz vor dem Kollaps und die Rentenbescheide sehen nach 45 Jahren vollschichtiger Tätigkeit bei uns im Münsterland so aus, dass die Frauen 749 Euro Rente brutto, die Männer 1 049 Euro Rente brutto erhalten. An diesen Beispielen zeigt sich deutlich, dass sich der Sozialstaat in die falsche Richtung entwickelt hat. Eine Umkehr ist zwingend erforderlich. Eine Reichensteuer längst überfällig, aber es traut sich ja keine Partei entsprechend tätig zu werden.



Ortwin Bickhove-Swidorski ist Sekretär bei ver.di in NRW und ehrenamtlicher DGB-Kreisvorsitzender in Coesfeld

Der Aufruf kann unter <https://gerechte-gesellschaft.de> unterzeichnet werden

UZ: *Ihr Bündnis hat auch eine „immer stärkere Ellenbogenmentalität; die Zunahme befristeter, schlecht bezahlter und unsicherer Jobs; Reallohnverluste; Renten, die zunehmend Armut bedeuten; Kumpanei der Regierung mit der Großindustrie; Explosion der Mieten in den Metropolen; Weigerung von Regierung und Industrie, die Klimakrise wirklich zu bekämpfen; Zweiklassenmedizin; Pflegenotstand; Bildungsnotstand und eine Sparpolitik zulasten der Infrastruktur und öffentlicher Aufgaben“ ausgemacht. Sind das nicht ein bisschen viele Themen für einen einzigen Aufruf?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Ja, so könnte man es sehen. Nimmt man aber nur ein Thema, zum Beispiel den Bildungsnotstand, grenzt man schon wieder bestimmte Gruppen aus. Wir wollen ein breit aufgestelltes Bündnis werden, in dem sich möglichst viele Menschen persönlich wiederfinden können und sollen.

UZ: *Nun ist die neoliberale Ideologie ja bis weit hinein in Gesellschaft und Politik vorge drungen. Selbst große Teile von SPD, Grünen und Linkspartei scheinen davon genau so wenig befreit zu sein, wie selbst Teile der Gewerkschaften. Lässt sich der Neoliberalismus überhaupt noch zurückdrängen und wird er im „linken Spektrum“ überhaupt oft genug identifiziert und dann auch bekämpft?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Es fehlt an einer klaren Analyse dieses Systems. Ich jedenfalls möchte ein anderes System anstreben, in dem beispielsweise der Kopf wie der Handarbeiter ein ähnliches Entgelt erzielen kann. Auch muss man abrücken von Nullsummenspielen. Der Staat muss investieren in Bildung, Wohnungsbau, Krankenhäuser und so weiter und so fort und nicht in den Rüstungswahnsinn. In jeder politischen Debatte sollte man sich positionieren. Neue oder auch andere politische Wege sind immer schwer zu beschreiten. Aber es ist machbar.

UZ: *Der Aufruf richtet sich auch gegen die AfD?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Natürlich wollen wir auch gegen die AfD wirken. Da müssen wir Lösungen aufzeigen und als Gewerkschaften eine sehr gute Tarifpolitik machen, die gute Lebens- und Arbeitsbedingungen aufzeigt. Auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und eine auskömmliche Rente muss von uns als DGB angegangen werden. Dann werden wir auch die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen wieder zurückerobern.

UZ: Aber reicht es dann aus, dafür einzig Unterschriften zu sammeln?

Ortwin Bickhove-Swidorski: Nein, wir sammeln auch nicht nur Unterschriften! Es werden noch vielfältige Veranstaltungen, Diskussionen usw. folgen. Immer Schritt für Schritt. So etwas muss sich auch entwickeln, so wie damals zum Beispiel der „Krefelder Appell“. Dafür arbeiten wir und uns kann jede und jeder gerne unterstützen. Wir müssen unser Ansichten gemeinsam in die Betriebe, Verwaltungen und überall sonsthin tragen.

UZ: *Ihr Bündnis hat exemplarisch an ausgewählten Lebens- und Politikbereichen versucht zu beschreiben, was eine gerechte Gesellschaft für alle beinhaltet. Unter anderem fordern Sie ein Einkommen für alle, das die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Armut verhindert, gute Pflege, Gesundheit und Bildung für alle, bezahlbares Wohnen und eine auskömmliche Rente für alle sowie Frieden, Entspannung, Abrüstung statt einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft und der Beteiligung an Kriegen, und eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik. Also zusammenfassend betrachtet eigentlich eine Revolution, oder nicht?*

Ortwin Bickhove-Swidorski: Revolution ist ein sehr großes Wort. Wir treten ein für eine andere, gerechtere Gesellschaft. Und ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Jede große Reise beginnt mit einem kleinen Schritt.“ Den haben wir getan und unsere DGB-Fahnen und -Westen sind dabei. So sind wir erkennbar und wenn es am Ende wirklich eine Revolution werden sollte, hoffe ich nur, dass wir uns nicht selbst erschrecken. Lasst uns für eine friedliche Welt streiten.

Quellenangabe:

http://www.unsere-zeit.de/de/5143/wirtschaft_soziales/12535, abgerufen am 26.Oct. 2019

Powered by [Newscoop](#). Designed by [Sourcefabric](#).